

Dresdner Volkszeitung

Hauptsitz: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Gebr. Jentsch, Dresden
und Schriftliche Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Dringekost mit den wöchentlichen Beilagen
"Nach der Arbeit" und "Voll und Zeit" für einen halben Monat 1 M.
Anzahl 10 M.

Telegrams-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Gesellschaft: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Befehlsgeld vom früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Komposition
30 Pf., die 30 mm breite Komposition 1,50 M., für ausübende An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietange-
bote 40 Proz. Rabatt. Für Kleinbelegung 10 Pf.

Nr. 93

Dresden, Donnerstag den 22. April 1926

37. Jahrg.

Vorstoß gegen die Rechte des Volkes

Erweiterungen der Kompetenzen des Reichspräsidenten?

Berlin, 22. April. (Sieg. Funfspruch.)

Die Reichsregierung hat am Mittwoch be-
schlossen, den bestehenden Körperkredit einen Gesetzes-
entwurf vorzulegen, durch den festgestellt wird, daß ein
Gesetzesentwurf über Gesetzeswürfe, die die Folgen der
Belastung der Reichspräsidenten regeln sollen, nur durch den Reichs-
präsidenten veranlaßt werden kann. Durch diese
Änderung wird die Auseinandersetzung der Länder-
regierungen mit den bestehenden Vorschriften der Reichs-
regierungen hinsichtlich der Staatspräsidenten nicht be-
gründet. Die Reichsregierung begründet ihre Initiative in einer
langen Erklärung, die u. a. folgendes enthält:

Nach dem Reichsrecht ist der Weg der Gesetzesgebung
in diesen Besonderen, als über Haushaltplan, Abgaben-
gesetze und Befehlsbefugnisse nur durch den Reichs-
präsidenten einen Gesetzesentwurf veranlassen kann. Damit sind die
Gesetzesentwürfe der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten ein-
zusetzen. Das ist geschehen, weil derartige Gesetze nicht aus dem
Gesetzesentwurf mit dem gesamtlichen Staat und Wirtschaft
berücksichtigt werden können. Die vor und während der
Gesetzesgebung begründeten Rechtsverhältnisse sind im Auf-
trag des Reichspräsidenten in der Vollziehung des Reichs-
gesetzes bedingt festzustellen. Der Gesamtkomplex dieser
Gesetze bedingt Maßnahmen im Haushalt des Reichs, im
Rangausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden und
überhaupt im gesamten öffentlichen Finanzwesen. Er ist ins-
besondere auch die Grundlage unserer Währungs-
politik. Gesetze müssen, wenn nicht die deutsche Wirtschaft auf

schwere erschüttert werden soll, dem Haushalt und dem
Abgabensystem gleichgeordnet werden. Bei kümpe-
liger Auslegung des Artikels 73 Absatz 4 der Verfas-
sung müssen daher Gesetze, die die Folgen der Geld-
entwertung regeln, hinsichtlich der Vollziehungs- und
gleichzeitigen Bestimmungen unterworfen sein wie Gesetzesentwürfe,
die den Haushaltplan und die Abgabenregelung
unmittelbar zum Gegenstand haben.

Dieser Schritt der Reichsregierung scheint uns mehr
als bedenklich, wenn auch die Furcht vor einer Erschütterung
des Staatshaushalts infolge der Durchföhrung des von dem
Reichspräsidenten gewünschten Volksbezuges irgendwie vermindert
sein mag. Jedenfalls aber ist die Durchföhrung des Ka-
binetts keinesfalls durchschlagend. Sie dürfte
deshalb schon in den nächsten Tagen einer intensiven Kritik
unterworfen werden. Würde sich der Reichstag dem Ge-
setzentwurf der Reichsregierung anschließen, dann wäre es
in Zukunft möglich, mit Hilfe des Artikels 73 Absatz 4 der
Verfassung so ziemlich das ganze Recht des
Volkes auf direkte Gesetzgebung zurück-
zuführen. Es dürfte nur wenige Gesetze geben, die
nicht „mittelbar“ — wie es in der Verfassung heißt — in
der Gestaltung des Staatshaushalts irgendeiner Änderung
herbeiföhren. Vorerst bleibt die Frage offen, ob die Reichs-
regierung ihr Gesetz auch für verfassungsändernd
hält. Uns scheint, daß diese Verfassungsänderung auftritt.
In diesem Falle dürfte dem Reichspräsidenten das
Recht zukommen, die Angelegenheit beschließen zu lassen.

Das Krisengerede

Seit einigen Tagen wird von einer Krise in der Re-
gierungsfraktion gesprochen. Die Volkspartei oder
wenigstens ihr rechter Flügel soll die Wiederaufnahme der
Deutschnationalen in die Regierung anstreben, die
Deutschnationalen sollen zur Rückkehr geneigt sein, eine Ver-
ständigung über die Justizreform soll die Brücke bilden.
Ausgangspunkt dieser Verhandlungen oder Vermutungen
war eine Rede des früheren Reichsjustizministers Heine,
ein Artikel des Führers der Volkspartei Dr. Scholz und ge-
wisse Auslassungen einiger Zeitungen. Der Sozialdemokrat
schreibt zu diesem Krisengerede:

Wohlgemerkt: Wir glauben nicht wie vor an den
Sinn der Volkspartei, die „Brüder“ auf der Rechten
nicht in der Gefahr zu stehen. Wir wissen auch, daß sich ein
neuer Teil der Deutschnationalen in der Oppositionstellung
nicht wohl fühlt und gern wieder die Hand am Hebel haben
würde, aber die Zeit für eine solche „Umschichtung“ ist noch
nicht gekommen, und das ist den Rechten ebenso bekannt wie
den Umworfenen.

Nun verweist man auf die tägliche Rundschau und ihre
an die Deutschnationalen gerichtete Ermahnung, bei dem
Kompromiß über die Justizreform sich mit der Sozial-
demokratie von vornherein anzuschließen. Ist diese Stellung-
nahme der Runden Rundschau so sehr verwunderlich? Das
Blatt möchte eben die höhere Einheit der Deutschnationalen
und sozialdemokratischen Politik, die es in sich selbst verbirgt, zur
Wahrnehmung bringen.

Auch der Runden Rundschau dürfte bekannt sein, daß
der Übertritt und seine Freunde das Kompromiß, wie es ist,
nicht schließen werden und daß eine „Verbesserung“, die es den
Deutschnationalen schmeicheln macht, die Wirkung
des Kompromißes und der Demokraten auf Spiel setzen und die
Justizreform für den Volkssinn nicht mehr viel nützen wird.
Es wäre, als sie schon in der Hand sind. Weiter weiß die
Runden Rundschau, daß selbst eine Verständigung in der
Lösungsfrage der Partei des Grafen Bethov den Weg ins

Kabinetts noch nicht frei machen würde. Sie gibt es andere
Hindernisse, und sie kloren auf dem Gebiete der aus-
wärtigen Politik.

Ja, wenn die Genfer Verhandlungen mit der Aufnahme
Deutschlands in den Völkerverbund gäbe oder wenn der
bevorstehende deutsch-russische Vertrag tatsächlich eine Rückkehr
von Locarno und dem Völkerverbund bedeutete. Dann wäre die
Situation eine andere. In dem einen Falle könnte man sich
mit vollendeten Tatsachen abfinden, in dem anderen einen
Triumph nationalistischer Politik feststellen. Aber so steht es
nun einmal nicht. Die Frage Völkerverbund ist noch ungeklärt,
die Mehrheit des Reichstages hält an der Verständigung mit dem
Westen und an dem Willen zum Aufbruch in die Weltwirtschaft
fest, und das russische Ansehen soll Locarno nicht be-
seitigen, sondern ergänzen. Wie sollen die Deutschnationalen,
ohne sich vor aller Welt bis auf die Knochen zu hämmern, auf
das Schiff zurückzukehren und auf ihm denselben Kurs steuern,
der ihnen den Grund zum Verlassen der Kommandobrücke gab?

Gewiß, es fehlt in ihren Reihen nicht an Leuten, die
auch dieses Hindernis nicht fürchten. Es sind dieselben, deren
der Austritt aus der Regierung im letzten Herbst nicht gepogt
hat. Aber sie bilden eben nur einen Bruchteil der Partei und
sich einer Prallung werden sie es nicht kommen lassen. Es gibt
andere, die ganz besonders keine Ähren können: Stresemann
soll an Vorbers Stelle Reichskanzler werden und einen Außen-
minister haben sie in Gestalt eines jüngeren Mitglied des
deutschnationalen Fraktions auch schon bereit. Der Reichs-
kämmler Stresemann hoffen sie dann leichter abwürgen zu
können, als den Außenminister Stresemann, und ihn zu er-
setzen, würde nach ihrer Ansicht durch Gletzer bereit sein. Das
alles sind letzte Endes Wunschvorstellungen, die in den Köpfen
einiger Chauvinisten und Mißvergnügten seelen, und alles in
allem halten wir das Krisengerede nicht für ernst. Wir haben
nur ein wenig den Eindruck, als ob die Wichtigkeit der Reden
und Aufsätze und ihrer Verfasser von bestimmter Seite mit der
Sicherheit aufrechterhalten würde, die Sozialdemokratie dem
Krisenkompromiß geneigt zu machen. Das aber
wäre ein Versuch mit unangenehmen Mitteln.

Demokratie als Problem

Unter dem Titel „Politische oder soziale Demo-
kratie?“ hat Prof. Dr. Max Weber, Wien, einen
„Beitrag zur sozialistischen Erziehung“ (E. Schubert-
Verlag, Leipzig, 165 Seiten, 2,50 M., Klein-
band 2,00 M.) herausgegeben. Er will darin eine
wissenschaftliche Darstellung politischer Begriffe fassen,
insbesondere solche, die durch die Propaganda des
Sozialismus, gleichsam als dessen Monopole er-
schienen. Wenn sich dann herausstellt, daß diese Be-
griffe zum eigentlichen Verständnis des marxistischen
Sozialismus gehören und nur in der politischen
Praxis des Sozialismus eine tatsächliche Anwendung
erfahren haben, so muß dies zu größerer Klarheit
und zu einem besseren Verhältnis gegenüber den so ge-
nannten „sozialistischen“ Parteien führen. Die Kritik
der Sozialdemokratie und aller ihrer Art ist
demnach im Gegensatz zu dem Inhalt des Buchs,
dem eine geistliche Befreiung wünschen.

Die Demokratie hat viele Probleme: ob das allgemeine
Wahlrecht ihre genügende politische Ausdrucksform ist, oder
nicht vielmehr erst die direkte Gesetzgebung durch das Volk
ihre eigentliche Vollendung bedingt; welche Rolle der Verla-
mentarismus in ihr spielt, und ob er nicht durch Verzicht-
haltung der Gemeinden und durch Schaffung von öföno-
mischen Vertretungskörpern aller Art zu ergänzen ist; ob
Zentralismus oder Föderalismus die eigentliche für angepogte
Organisationsform des Staates bildet; ob das alte Dogma von
der Trennung der Gewalten wirklich demokratisch ist, oder ob
nicht vielmehr die Demokratie alles zugleich sein muß: Gesetz-
geber, Richter und Vollstrecker. Dies alles sind sehr wichtige,
und heute sehr unstrittene Fragen, von deren Entscheidung
nicht nur die gegenwärtige Organisation der Demokratie ab-
hängt, sondern auch die Gestaltung der Zukunft, so daß es
begrifflich ist, daß sie ebenso wie im Mittelalter des Inter-
esses der Politik wie der staatsrechtlichen Theorie stehen. Aber
dies alles sind Probleme der Demokratie, Probleme, die sich
erst innerhalb dieser ergeben, und sie selbst als einen unbe-
greiflichen und unbestimmten Kern voraussetzen. Nicht
von ihnen soll zunächst gesprochen werden, sondern über das
Problem der Demokratie selbst. Denn dies ist das Kern-
wörtliche unserer allgemein als demokratisch ausgegebenen Re-
ligion: die Demokratie selbst ist im höchsten Maße proble-
matisch geworden. Sie ist zum Problem geworden nicht etwa
für einzelne Denker — das war sie immer —, sondern
für große politische reife Massen, die ihr heute skeptisch, so
nicht Mißtrauen gegenüberzustehen beginnen. Das alte Vorurteil
für die Demokratie ist dahin. Einfaches — da war es eine
Selbstverständlichkeit, daß die Demokratie das politische und
soziale Ideal zugleich sei, daß sie das Glück der Staaten und
die Freiheit der Völkler bedeute. Demokratie und Fortschritt
waren eine Sache. Die großen Traditionen der französischen
Revolution und der deutschen Freiheitskämpfe umgaben die
Demokratie mit ihrem historischen Glanz, so daß sich jedem
das Herz erwärmte in dem Gedank, auch Demokrat zu sein
und diese reiche Glückseligkeit durch sich fortwirken zu
lassen. Und vor allem die proletarischen Massen innerhalb
der Sozialdemokratie fühlten sich als die eigentlichen Träger:
ja als die einzigen echten Freunde der Demokratie gegenüber
der Laune und Abtrünnigkeit einflußreicher Schichten des
Bürgerums.

Heute ist diese Haltung gegenüber der Demokratie
gerade im Proletariat ganz anders geworden. In großen
Teilen derselben, die unter dem Einfluß der bolschewistischen
Theorien stehen, ist es weit gekommen, daß die Demokratie
geradezu als eine gefährliche Mission betrachtet wird. Sie
erscheint als ein großer Trug, durch welchen das Freiheits-
streben der Massen irreföhrte wird, indem es auf Mittel
hinzielt, die sich als völlig unangenehm erweisen, das
Proletariat wirklich zu befreien. Aber auch innerhalb der
Sozialdemokratie beweisen die theoretischen Vertreibungen, das
eigene Verhalten an der Demokratie doch von einem Aufgeben
in bürgerlicher Demokratie fern zu sein, daß auch hier
die alte naive Parteienlehre „für die Demokratie“ geschwan-
den ist.

Woher ist diese Wandlung gekommen? Das hängt mit
den furchtbaren Enttäuschungen und seelischen Erschütte-
rungen zusammen, die zuerst der Krieg und nachher die Zeit
des Umsturzes besonders für die Massen des arbeitenden
Volkes mit sich gebracht haben. Sobald erst wieder einmal der
verhängnisvolle Rauch vorüber war, der bei Ausbruch des
Krieges und auch während desselben vor allzu viele Kreise
in die Kriegsstimmung hineintänzte ließ, sobald erst wieder
klare Besinnung und Überlegung sich geltend zu machen be-
gannen, mußte die furchtbare Tatsache zu denken geben, daß
der Krieg nicht nur den jenen Wunden getragen wurde und
als ein Mittel ihrer imperialistischen Bestrebungen auftrat,
bei denen Demokratie niemals einen wirklichen Inhalt gehabt
hatte, sondern auch von den großen historischen Demokraten,
nicht nur die Militärdiktaturen wie die baltischen, die
hohenzollernische und die Romanows, sondern auch die
reineren Demokratien Frankreichs, Englands und
Amerikas trieben ihre Völkler auf die Schlachtfelder, ohne daß
überall diese Massen selbst gefragt worden wären oder auch
nur deutliche Vorstellungen darüber hätten, wofür sie sterben
sollten, und ob „die Interessen des Vaterlandes“ auch wirklich
Interessen für alle Kinder dieses Vaterlandes waren. Das der
Krieg aus dort, wo niemand das Volk herrief, nicht mehr
ebenfalls unvermeidlich, sondern vielmehr ebenso bestimmend,
ebenso als eine Tatsache, als ein Lebensinteresse der Nation
vertreten wurde wie dort, wo er ganz offenbar als ein ver-
bottener Versuch eines herrschenden Systems erschien, — das

Die Folgen der Geheimhaltung

Der tschechische Außenminister hat die deutsch-
russischen Verhandlungen zum Anlaß eines Rundschreibens an die
Botschafter genommen. Es ist auffallend, daß die deutsche Re-
gierung nicht in den Besitz dieses Rundschreibens gelangt ist. Aber
da auch Herr Stresemann in Prag und ebenso in Warschau von
keinem deutsch-russischen Verhandlungsstand nicht wissen lassen, so
kann er sich über diese Geheimdiplomatie nicht beschweren. Herr
Stresemann läßt in der Prager Presse offiziell erklären, daß sein
Rundschreiben keine Ermittlung darstelle, sondern nur dem Bemühen
entspreche, eine Krise für den Völkerverbund zu vermeiden. Herr Strese-
mann sieht, was er mit seiner Geheimhaltung der Verhandlungen
mit Ausland angeordnet hat. Es ist höchste Zeit, daß mit diesen
Geheimhaltungen Schluss gemacht wird.

Eine Erklärung Chamberlains

London, 22. April. (Sieg. Funfspruch.) Zu der Mitt-
wochens Unterkauf erklärte Außenminister Chamberlain,
daß der englischen Regierung über den geplanten deutsch-
russischen Vertrag keine Mitteilung gemacht worden sind und das Unter-
nehmen der Einseitigen des Vertrag unterrichtet werden würde.
Das Schreiben sei daher noch nicht fertiggestellt und er solle
keine keine der Bestimmungen im Vertrag. Der deutsche Unter-
kauf habe jedoch die Zustimmung gegeben, daß der Vertrag die Ab-
wickelungen von Locarno nicht antage und nichts enthalte, was mit
dem Völkerverbund in Widerspruch stünde.

Das Mitglied der Arbeiterpartei Pomjanoh stellte dann

wichtige Fragen über die Beendigung der Rheinland-
besetzung. Chamberlain antwortete, es sei falsch, die vor der
Genfer Währungsabrede erklärte Erklärung der Währungsabrede
so aufzufassen, als ob Deutschland seine Abrüstungsverpflichtungen
nicht erfüllt habe. Die Währungsabrede habe damals nur fest-
gestellt, daß Deutschland Garantie für die Durchführung der Ent-
lastungsabrede zu bieten habe. Damit wäre die Frage
für eine frühere Beendigung der Besatzungsfrist im Augenblick
hinfällig. Im übrigen erklärte Chamberlain, daß der Augenblick
zur Erörterung der Besatzungsfrist unangenehm und nicht ge-
eignet sei, den von den Fragestellern erstrebten Zweck zu fördern.

Konflikt Peking-Moskau

Aus Peking wird gemeldet: Marshal Tschangtschilin
hat die Abberufung des sowjetbolschewistischen Karachan
und anderer Agitatoren der Moskauer Internationale gefordert.
Die meisten Personen, deren Abberufung verlangt wird, haben in
der russischen Botschaft und in der Hölle des Sowjetbolschewismus
Zufucht gesucht. Karachan hat um Instruktion aus Moskau gebeten.
Aus Peking wird jetzt bekannt, daß die Anhänger der
Sowjetbolschewisten-Partei vor der Räumung Pekings aufstehende Lie-
bestellung haben sollen. Kurz vor ihrem Abbruch liegen sie
die Führer und Mannschaften der militärischen Expedition des
Kabinetts, die am 18. März die Studenten vertrieben hatte, erorden.
Sie führten die Sache vor den großen Tempel und schlossen mit
Wahrgewehr auf sie. Von 400 Soldaten seien nur fünf mit
dem Leben davongekommen.